

## Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule Brandenburger Erklärung zur Gesamtschule 1993

*Die Deutsche Schule 85 (1993) 3, S. 270-274*



Quellenangabe/ Reference:

Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule: Brandenburger Erklärung zur Gesamtschule 1993 - In: Die Deutsche Schule 85 (1993) 3, S. 270-274 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-311844 - DOI: 10.25656/01:31184

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-311844>

<https://doi.org/10.25656/01:31184>

### Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### Kontakt / Contact:

**peDOCS**  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Digitalisiert

---

# Die Deutsche Schule

Zeitschrift für Erziehungswissenschaft,  
Bildungspolitik und pädagogische Praxis

85. Jahrgang 1993 / Heft 3

---

*Die Bildungspolitik ist wieder in Bewegung gekommen: Nachdem die Schulreform Ende der 70er Jahre weitgehend durch eine konservative Wende in allen Ländern und im Bund gestoppt worden war, stehen die Zeichen nun deutlich auf Veränderung. Viele Probleme in unserer Gesellschaft werden bedrängender, und die Schule soll zu ihrer Lösung mindestens beitragen. Die neuen Länder haben das westdeutsche Schulsystem nicht unverändert übernommen, neue Entwicklungen müssen mit dem KMK-Rahmen vereinbar gemacht werden. Der europäische Integrationsprozeß ist ebenso wie die kürzere Schulzeit der Gymnasien in vier der ostdeutschen Länder ein Anlaß, wieder einmal über die Dauer des Schulbesuchs bis zum Abitur zu streiten. Veränderte Qualifikationsanforderungen („Schlüsselqualifikationen“) haben die Arbeitgeber zu neuen Positionsbestimmungen in der Bildungspolitik geführt. Der Wandel der Kindheit macht ein neues Verständnis von Schule als Lebensraum erforderlich. Der Trend zu höheren Schulabschlüssen offenbart die Krise der Hauptschule immer stärker, und er „stärkt“ das Gymnasium bis zur Lähmung. Staatliche und kommunale Bildungspolitik muß reagieren.*

Dieter Wunder

## **Die Sekundarschule – die Innovation der 90er Jahre?**

*Die GEW, zumindest ihr gerade wiedergewählter Vorsitzender, versucht, eine neue Positionsbestimmung zur Gesamtschule bzw. zu möglichen Zwischenschritten auf dem Weg dorthin zu finden. Kann die Sekundarschule (also die Verbindung von Haupt- und Realschule) mehr Integration ermöglichen und reformerischen Stillstand überwinden helfen?*

Horst von Hassel

## **Wider die pragmatische Mutlosigkeit**

Eine Gegenposition zu Dieter Wunders Einschätzung der  
„Sekundarschule“

265

*Der ehemalige Bremer Schulsenator verteidigt gegen eine pragmatische Wendung die ursprünglichen Ziele der Integration. (Dabei sei auch auf den Beitrag von Eckart Liebau in Heft 2/93 verwiesen.)*

257

**Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule  
Brandenburger Erklärung zur Gesamtschule**

270

*Die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule (GGG) hat anlässlich ihres Bundeskongresses in Brandenburg eine Erklärung verabschiedet, die in der neuerlichen Strukturdebatte eine deutliche Position bezieht.*

Ursula Dörger

**Dreigliedrige Bildungsgänge oder allgemeine Grundbildung?**

Über die administrative Schwierigkeit, pädagogische  
Leistungskriterien zuzulassen

275

*Die KMK verhandelt zur Zeit über eine Vereinbarung zu den „Bildungsgängen und Schularten der Sekundarstufe I“. Ursula Dörger analysiert den derzeitigen Beratungsstand und stellt kritische Rückfragen, die sich am Ziel einer allgemeinen Grundbildung orientieren.*

Wolfgang Klafki

**Die Empfehlungen zur Weiterführung der Schulreform in Bremen** 289

*In mehreren Bundesländern haben Parlamente bzw. Regierungen Experten-Kommissionen berufen, die Gutachten über die zukünftige Schulentwicklung der jeweiligen Länder erarbeiten sollten. Wolfgang Klafki, Vorsitzender der Bremer Kommission, stellt die übergreifenden Gesichtspunkte und die Kernelemente der Empfehlung vor.*

Ernst Rösner

**„Weiterentwicklung bestehender Angebotsformen“**

Über die Arbeit und den Bericht der Enquete-Kommission  
„Schulpolitik“ der Freien und Hansestadt Hamburg

297

*Die jüngste Empfehlung zur Schulentwicklung in einem Bundesland stammt aus Hamburg. Im Vergleich mit Bremen sind dort die politischen und strukturellen Ausgangsbedingungen zwar anders, aber die Gutachten kommen zu ähnlichen Ergebnissen: Integration und innere Schulreform. Ernst Rösner, Mitglied der Hamburger Kommission, stellt zentrale und beachtenswerte Ergebnisse vor.*

Wolfgang Böttcher

**Probleme der Schulentwicklung bei knappen Ressourcen**

307

*Neuerdings werden in der bildungspolitischen Diskussion immer häufiger ökonomische Gesichtspunkte herangezogen: zum einen als Warnung, zum anderen aber auch als 'Vorbild' und Maßstab, an dem die Schule lernen könne. Wolfgang Böttcher setzt sich kritisch mit zwei Gutachten auseinander, die Schule mit – ganz unterschiedlichen – ökonomischen Maßstäben beurteilen: dem Kienbaum-Gutachten und dem Gutachten von Lehner und Widmaier.*

Andreas Gruschka

### **Auf dem Weg zu neuen Ufern?**

Die deutschen Arbeitgeber als neue Bündnispartner der  
Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung?

320

*In der Regel stehen Schule und Wirtschaft in einem spannungsreichen Verhältnis zueinander; Pädagogik und Ökonomie bilden keine Harmonie. Neuerdings gibt es durchaus überraschende Berührungen: Das Verständnis füreinander scheint zu wachsen. Dabei sieht Andreas Gruschka die Arbeitgeber auf dem (halben) Weg zu neuen Ufern und ist gleichermaßen von der Halbherzigkeit der Arbeitgeber wie der Kultusminister enttäuscht, die mit der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung nicht wirklich ernst machen wollen.*

Hermann Giesecke

### **Vom Kanon-Mythos und anderen Irrtümern**

330

*Scharf und einseitig polemisiert dieser Diskussionsbeitrag gegen einige in der bundesdeutschen Schul- und Hochschulpolitik liebgewordene Selbstverständlichkeiten und regt vielleicht gerade dort zu produktivem Nachdenken an, wo man dem Verfasser am nachdrücklichsten widersprechen möchte.*

Jochen Schweitzer

### **Autonomie als Prozeß**

Anmerkungen zu den Thesen von Reinhard Hoffmann

„Für eine stärkere Autonomie der Schule“

338

*In Heft 1/93 hatte Reinhard Hoffmann, der Bremer Staatsrat für Bildung und Wissenschaft, „für eine stärkere Autonomie der Schule“ plädiert. Diese Replik weist darauf hin, daß „mehr Autonomie“ auch zu Schwierigkeiten führt. Um so wichtiger scheint es, mögliche „Brüche“ durch eine sorgfältige Analyse der Bedingungen und die Klärung der Zielsetzungen und Erwartungen zu antizipieren.*

Gernot Lückert

### **Autonome Schule – Schulleitung – Schulaufsicht**

341

Bedingungen einer wünschenswerten Entwicklung

*Wenn die Autonomie der Schule gestärkt werden soll, dann bedarf es vielfältiger Unterstützungen, die anregen und sichern sollen, ohne die Eigenständigkeit wieder einzuschränken. Auch die Bildungsverwaltung soll ihren Beitrag dazu leisten.*

Peter Blankenburg

### **Autonomie ist möglich!**

Ziele und Bedingungen der pädagogischen Schulentwicklung

345

*Die Forderung nach größerer Autonomie der Schule mag all diejenigen verwundern, die sich in ihrem pädagogischen Handeln gar nicht eingeschränkt fühlen. Nicht an Autonomie mangle es, sondern an den Bedingungen, die es Lehrerinnen und Lehrern möglich machen, ihre Gestaltungsräume zu nutzen.*

Hartmut Ditton

**Bildung und Ungleichheit im Gefüge von Unterricht,  
Schule und Schulsystem**

350

*Die Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte hat nur in Teilbereichen zu gleichen Bildungschancen geführt. Immer noch ist der Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und der Wahl des Bildungsweges sehr eng. Durch differenzierte Fragestellungen gelingt es dem Autor, diese Beziehung genauer aufzuschlüsseln und den Anteil offenzulegen, den die Schule an der „Generierung von Ungleichheit“ nach wie vor hat.*

Ralf Laging

**Altersgemischte Gruppen als Beitrag zur Schulreform**

364

*In der Diskussion über jahrgangsübergreifende Gruppen wird häufig auf die Jenaplanschulen Peter Petersens verwiesen. Dabei fällt es vielen schwer, die aktuellen Probleme der Schule in diesen Texten wiederzufinden. Wenn man es jedoch als eine wichtige Aufgabe ansieht, Kindern und Jugendlichen jene Erfahrungen zu vermitteln, die für ihr Aufwachsen wichtig sind, dann scheint die altersgemischte Gruppe viele Ansatzpunkte zu bieten. In der Reformschule Kassel wurden daraus Konsequenzen gezogen.*

Edgar Drefenstedt

**Deutsche Pädagogen in der Zeit des Kalten Kriegs**

Anmerkungen zu einem Aufsatz von Peter Dudek  
in Heft 1/93 der „Deutschen Schule“

383

*In Heft 1/93 hat Peter Dudek die „Gesamtdeutsche Pädagogik“ des „Schwelmer Kreises“ ausführlich geschildert. Ein Zeitzeuge dieser regelmäßigen und intensiven deutsch-deutschen Treffen möchte diese Darstellung aus seiner Sicht vertiefen, verdeutlichen und an einigen Punkten korrigieren.*

**Neuerscheinungen:**

393

- Monika Fiegert: Die Schulen von Melle und Buer ...
- Inge Hansen-Schaberg: Minna Specht
- Herrlitz/Hopf/Titze: Deutsche Schulgeschichte  
von 1800 bis zur Gegenwart
- Eckart Liebau: Die Kultivierung des Alltags
- Ludwig Haag: Hausaufgaben am Gymnasium

*Anlässlich ihres diesjährigen Bundeskongresses vom 20. bis 22. 5. 1993 in Brandenburg hat die Mitgliederversammlung der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule (GGG) einstimmig eine Erklärung zur Situation und zu den Perspektiven der Gesamtschulen in der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Nach dem „Leverkusener Grundsatzbeschluss“ von 1973 und der „Wetzlarer Erklärung“ von 1985 hat die GGG damit zum drittenmal ihre Position zur Entwicklung der Schulstruktur in Deutschland formuliert. Wir dokumentieren diese Erklärung in der „Deutschen Schule“, weil sie im Kontext der aktuellen Debatte um die Strukturentwicklung steht und eine deutliche Position bezeichnet..*

### **Bildungspolitik ist Gesellschaftspolitik**

Die GGG hat vor 20 Jahren in Leverkusen ihre Grundsatzposition zur Gesamtschule beschlossen. Sie sieht in der Gesamtschule einen Beitrag zum gesellschaftlichen Ziel der sozialen Gerechtigkeit und Gleichheit, zu Selbstbestimmung und Mitbestimmung. Damals fand sich die GGG in Übereinstimmung mit der Position von SPD und FDP, daß Bildungspolitik auch Gesellschaftspolitik ist.

1985 bekräftigte die Mitgliederversammlung in Wetzlar die Notwendigkeit dieser gesellschaftlichen Ziele angesichts der sich verschärfenden Tendenzen gesellschaftlicher Spaltung. Nur ein integriertes Schulwesen könne den von der Schule zu fordernden Beitrag zur Einlösung der Ansprüche eines sozialen und demokratischen Rechtsstaates leisten.

Zwischen den Beschlüssen der GGG in Leverkusen und in Wetzlar lag die Trendwende in der Gesamtschulpolitik der SPD und der FDP, die der Schulstruktur keine gestaltende gesellschaftspolitische Funktion mehr beimessen wollten. Die SPD in Regierungsverantwortung setzt auf die Ausweitung der Anzahl der Gesamtschulen. Sie mutet damit den einzelnen Gesamtschulen zu, unter oft schwieriger Konkurrenz mit Gymnasien zu leisten, was nur ein generell sozialintegratives Schulwesen erreichen kann.

### **Entpolitisierung der Gesamtschulentwicklung**

Mit ihrer Wetzlarer Erklärung berücksichtigte die GGG die geänderten politischen Rahmenbedingungen für die Gesamtschule. Sie bekräftigte die Gültigkeit der Forderungen des Leverkusener Grundsatzprogramms zur Ausgestaltung der Gesamtschule und formulierte Zwischenschritte zur Annäherung der Schularten Hauptschule, Realschule und Gymnasium an die Bedingungen eines weniger selektischen Schulsystems. Als solche Zwischenschritte sah die GGG 1985 ...

– die Einrichtung weiterer integrierter Gesamtschulen,

- die Verbesserung ihrer rechtlichen Rahmenbedingungen als Möglichkeit der ersetzenden Schule,
- die Einführung der schulformunabhängigen Orientierungsstufe,
- die Einführung des 10. allgemeinbildenden Schuljahres für alle Schülerinnen und Schüler,
- vielfältige Formen der Kooperation und Verzahnung zwischen den Bildungsgängen in der Sekundarstufe II,
- die Erarbeitung neuer Lehrpläne mit einem für alle Schülerinnen und Schüler verbindlichen Grundlernangebot,
- die Integration behinderter Kinder und Jugendlicher in die Regelschulen,
- die Einrichtung weiterer Schulzentren und kooperativer Gesamtschulen.

### **Gesamtschulen in der Konkurrenz**

Inzwischen hat sich gezeigt, daß die geforderten „Zwischenschritte“ die Voraussetzungen für die Einführung der Gesamtschule nicht verbessern. Vielmehr stabilisieren sie das Nebeneinander der Schulformen und damit die Position der Gesamtschule als einer Schulart neben anderen. Teilverbesserungen der traditionellen Schulformen verwirren eher die Position ehemaliger Gesamtschulbefürworterinnen und -befürworter. Solche Positionen weisen der Gesamtschule eine Funktion als „Reparaturbetrieb“ für die anerkannten Mängel des Gymnasiums zu, das nicht Rücksicht auf alle Kinder nehmen kann, oder führen zu Aussagen von Politikerinnen und Politikern, sie sollten lieber wenige, dafür aber „gute“ Gesamtschulen einrichten, damit sie nicht in die Rolle der Schule für Problemfälle geraten. Bei Gesamtschulen selbst entstehen Wünsche nach Quotierungen in der Schülerzusammensetzung, um die Bedingungen für Gesamtschularbeit mit heterogenen Lerngruppen zu erhalten. Am schwierigsten wird die Begründung für die spezifisch pädagogische Arbeit der Gesamtschule wo sich die Position verbreitet, alle Schulen könnten „gute“ Schulen sein und alle Abschlüsse erteilen.

### **Gesellschaftliche Folgen der entpolitisierten Schulentwicklung**

In dieser „Sinnkrise“, die auch viele Gesamtschulen erfaßt hat, verweist die GGG 1993 auf die inzwischen deutliche Veränderung der schulpolitischen Landschaft. Mit der Vereinigung Deutschlands ist ersichtlich geworden, daß es keinen Prozeß der Vervollständigung und schrittweisen Integration des Schulwesens gibt. In den neuen Bundesländern wurde eine integrierte Schulstruktur in scheinbarem Einklang mit den Interessen der Bevölkerung aufgespalten. Diese Desintegration verursacht in den neuen Ländern immense Kosten für ein unausgewogenes Schulstandortangebot und bestärkt in allen Bundesländern die individualistischen Konkurrenzorientierungen mit der Folge des ständig anwachsenden Zustroms zu Gymnasien.

1993 mehren sich die Anzeichen, daß die Entsolidarisierung den gesellschaftlichen Frieden beeinträchtigt und das politische Ansehen Deutschlands schädigt. Die Reaktionen der Verlierer werden in west-östlich geübter Manier als Phänomene von Randgruppen bezeichnet, denen mit moralischer Entrüstung oder mit beschwichtigender Erziehung begegnet werden

soll. Lehrerinnen und Lehrer werden dazu aufgerufen, in allen Schulen „mehr zu erziehen“. Dabei wird (bewußt) übersehen, daß der Erfolg von Erziehung abhängig von der Glaubwürdigkeit der Ziele ist, die junge Menschen als ihre eigenen annehmen können. Wer seine Zugehörigkeit zu einer Schule als Folge seines Versagens im Vergleich zu „Besseren“ sehen muß, wird nicht an Chancen glauben, die ihm versprochen werden. Sie oder er hat erlebt, daß andere die größeren Chancen erhalten.

1993 zeigt sich ein krasser Widerspruch in der öffentlichen Debatte um das Schulwesen. Von der Lehrerschaft werden einerseits Anstrengungen zur Bekämpfung von Gewalt unter Jugendlichen verlangt, andererseits sind es massive Einsparungen gerade im Bereich, die die Arbeitsmöglichkeiten in den Schulen drastisch einschränken.

*Die GGG stellt fest:* Die Kosten für das aufgespaltene Schulwesen in den neuen Ländern entstehen vor allem daraus, daß das Gymnasium als Instrument der schulischen Privilegierung für berufliche Zukunftschancen importiert wurde. Damit wurde politisch in Kauf genommen, daß Lehrkräfte und Kinder die Erfahrung machen, zur zweiten Wahl erklärt zu werden. Gegen diese in den neuen Ländern neue Erfahrung helfen keine Behauptungen von der Wichtigkeit der qualifizierten Vorbereitung auf eine industrielle Berufswelt mit hohen Anforderungen. Wie in den alten Bundesländern lassen sich die Eltern von Deklamationen über eine – nie materiell realisierte – Gleichwertigkeit schulischer Bildungsgänge nicht täuschen.

Einsparungen im Schulwesen der alten Bundesländer und die Verteilung der Mittel in den neuen Bundesländern werden die bestehende Benachteiligung der Schülerinnen und Schüler und der Lehrerinnen und Lehrer in allen Schularten gegenüber dem Gymnasium verschärfen und zu Frustration mit Verweigerungen oder Aggressionen führen. Auf Dauer werden die Lehrkräfte nur in solchen Gesamtschulen, in denen für sie die gleiche Unterrichtsverpflichtung und Bezahlung gelten wie in den Gymnasien, selbst von der Gleichwertigkeit der Gesamtschule überzeugt sein und diese Überzeugung den Schülerinnen und Schülern und den Eltern vermitteln können.

### **Weiterentwicklung der bestehenden Gesamtschulen**

Die GGG steht weiterhin zur Konzeption der Gesamtschule, wie sie in ihrem Leverkusener Grundsatzbeschluß beschrieben wurde. Diese Forderungen von damals wurden nur teilweise eingelöst. Daher sind die Gesamtschulen nur teilreformierte Schulen geworden, für die heute modifizierte Schritte der Weiterentwicklung formuliert werden müssen. Die Aussagen des Leverkusener Grundsatzbeschlusses sind entsprechend zu aktualisieren:

Die GGG fordert 1993 als wichtige Schritte zur *inneren* Konsolidierung der Gesamtschulen ...

- die Entscheidungsfreiheit für Gesamtschulkollegien und Schulkonferenzen, neue Wege der Entwicklung und Förderung von Leistungen in der Schule und ihrer Beschreibung nach diskutierten und anerkannten Maßstäben zu erproben (Schulversuche, die wissenschaftlich unterstützt und von der Schulverwaltung gefördert werden),

- die Integration von behinderten und nichtbehinderten, von deutschen und ausländischen Kindern in den Regelschulen mit der öffentlichen Anerkennung dafür, daß Integration nur in einer Gesamtschule glaubwürdig realisiert werden kann, die nicht selbst schon eine Schule mit ausgelesener Schülerschaft ist (Darstellung von Beispielen, öffentliche Meinungsbildung),
- Förderung der leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler ohne diskriminierende Stigmatisierung und Aussonderung (Lehrerbildung, Lehrpläne, Unterrichtsmaterialien),
- die Überwindung der an Bildungsgängen orientierten äußeren Fachleistungsdifferenzierung und der ihnen zugeordneten Abschlüsse (Vereinbarung der Kultusministerkonferenz),
- den Sekundarabschluß I, der sich nach inhaltlichen Profilen in den Jahrgangsstufen 9 und 10 differenziert und mit jedem Profil alle Berechtigungen ermöglicht (Änderung des „Hamburger Abkommens“ der Ministerpräsidenten).

### **Politische Durchsetzung der Gesamtschule**

Gegenüber den im Leverkusener Beschluß und in der Wetzlarer Erklärung geforderten *Entwicklungsschritten* zur Gesamtschule als der sozial gerechten und der Selbst- und Mitbestimmung verpflichteten einzigen Schulart – zunächst im Sekundarbereich I – aktualisiert die GGG ihre Position.

Die Gesamtschule wird „sich“ nicht durchsetzen, wie überzeugend und attraktiv auch viele einzelne Gesamtschulen sein mögen. Gesamtschulkollegien müssen von der unsinnigen Forderung entlastet werden, es läge an ihrem pädagogischen Einsatz, daß die Gesamtschule „sich“ durchsetzt. Keine der Anfang der 90er Jahre behandelten Varianten der Schulstrukturdebatte sichert auch nur die Existenz der bestehenden Gesamtschulen. Die Durchsetzung kann nur das Ergebnis einer erneuten politischen Debatte über die Aufgaben des Schulwesens in einer zunehmend verwahrlosenden Gesellschaft sein, wie sie sich heute zeigt. Diese Debatte ist begonnen. Darin muß die GGG Position beziehen und Bündnispartnerinnen und Bündnispartner gewinnen.

1.) In der begonnenen öffentlichen Debatte über die Leistungen und die Auswirkungen des Schulwesens betont die GGG, daß das Reden von „der“ Schule allgemein die Benachteiligung einzelner Schularten verbirgt und daher nicht zu Verbesserungen und sinnvollen Maßnahmen führen wird.

2.) In der öffentlichen Debatte und in der vergewissernden Diskussion über die Möglichkeiten der Gesamtschule weist die GGG darauf hin, daß ein trennendes Schulsystem und eine auf Einsortierung orientierte Gesamtschule Erfahrungen der Ausgrenzung vermitteln und daher soziale Selektion vorwegnehmen und verschärfen. Nur eine nicht-selektionsorientierte Gesamtschule kann Erlebnisse des unterschiedlichen Umgangs von Kindern und Jugendlichen mit Konflikten und Frustrationen ermöglichen und zu ihrer Bewältigung nach vereinbarten und akzeptierten Regeln beitragen. Nur eine nicht-selektionsorientierte Gesamtschule kann *die* allgemeine Grundbildung vermitteln, die aus der Erfahrung des Könnens und des

Anerkanntseins trotz unterschiedlicher Fähigkeiten individuelle Stärke mit sozialer Kompetenz verbindet.

3.) In der Debatte über die Schulstruktur vertritt die GGG, daß das politische Berufen auf die Elternwahl und auf die Selbstdurchsetzungskraft „guter“ Schulen die realen Bedingungen außer acht läßt, unter denen die Schularten ungleichwertig sind. Das bleiben sie auch dann, wenn jede Schulart alle Berechtigungen vergeben kann. Aussagen, daß es heute nicht mehr auf die Schulart ankäme, ignorieren den Mechanismus der Marktwirtschaft, daß ein billiger produziertes Produkt nicht angenommen wird, wenn das teurer produzierte unter angenehmeren Umständen erworben werden kann. Ein „gleichgestellter“ Abschluß behält das Image der Schulart, die ihn vergeben hat. Daher sind der Sekundarabschluß I und die Gleichstellung der Lehrkräfte Voraussetzungen zur Aufhebung der Statusunterschiede zwischen den Schularten im Sekundarbereich I.

4.) In der öffentlichen Debatte zeichnet sich ab, daß die Betonung der Gesamtschule als Weg zur Lösung der schulisch mitverursachten Probleme von Kindern und Jugendlichen als Wiederaufnehmen „überholter (sozialistischer) Ideologie“ nicht nur von Gesamtschulgegnern angesehen wird. Die kommende Debatte ist nicht mit Pluralismus-Parolen zu bewältigen. Wenn für Eltern angesichts der scharfen Konkurrenz um Startvoraussetzungen für das Berufsleben und angesichts der Verhaltensweisen mancher Kinder mit ungünstigen Sozialisationsbedingungen soziale Integration kein Motiv für die Wahl einer Gesamtschule ist, müssen Politikerinnen und Politiker darauf hingewiesen werden, daß sie für den sozialen Frieden im Zweifel Solidarität verlangen müssen. Es wird nicht mehr zu vertreten sein, Kindern die Erfahrung des Ausgegrenztwerdens zu vermitteln, die sie mit hohen Kosten für das gesellschaftliche Klima verarbeiten und die das Schulsystem vermeiden könnte. Die Gesamtschule gibt allen Kindern Entwicklungschancen, und sie kann umso überzeugender „gut“ sein, je mehr sie von allen Bevölkerungsgruppen akzeptiert und getragen wird.

Anschrift des Vorsitzenden der GGG:

Dieter Weiland, Haardtfeld 9, 37127 Niemetal-Ellershausen